

# Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).



Drahtschrift: Tagesblatt Riesa,  
Jernut Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1530  
Circulose Riesa Nr. 52.

N. 69.

Dienstag, 23. März 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig und für drei Monate 6 Mark 20 Pfennig. Für den Rest des Jahres 18 Mark 20 Pfennig. Der Preis für den Einzelheft beträgt 10 Pfennig. Für den Rest des Jahres 18 Mark 20 Pfennig. Der Preis für den Einzelheft beträgt 10 Pfennig. Für den Rest des Jahres 18 Mark 20 Pfennig. Der Preis für den Einzelheft beträgt 10 Pfennig.

## Außenpolitische Debatte über die Genfer Verhandlungen.

Eine Rechtfertigung der Haltung der deutschen Delegation in Genf.

### Deutscher Reichstag.

19. Sitzung, den 22. März 1926.

Am Regierungstische: Reichskanzler Dr. Brüning, Reichsaußenminister Dr. Stresemann und die übrigen in Berlin anwesenden Mitglieder des Kabinetts.

Das Haus und die Tribünen sind überfüllt. Präsident Poebbe eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min. Auf der Tagesordnung stehen die

### Haushalte des Reichskanzlers und des auswärtigen Amtes.

Damit sind verbunden 5 Interpellationen und 15 Anträge aller Parteien, darunter die drei Anträge der Deutschen Nationalen, der Volksliste und der Kommunisten auf Zurückziehung des Aufnahmegeruchs für den Völkerbund.

### Reichsaußenminister Dr. Stresemann

leitet dann die Verhandlungen ein. Er weist daraufhin, daß bei der politischen Aussprache jetzt zunächst die Genfer Vorgänge in den Vordergrund der Debatte gerückt werden sollen. Das sei um so notwendiger, weil die Parteien in ihrer großen Mehrheit beschlossen haben, auf eine Erörterung im Auswärtigen Ausschuss zu verzichten. Es sei aber auch notwendig, weil mit Bedauern festzustellen sei, daß schon das größte deutsche Landesparlament in eine Beratung dieser Vorgänge eingetreten ist, ohne überhaupt eine Darlegung der Regierung erhalten zu haben. (Lebh. Hörl. hört! und Zurufe: Innerhört!)

### Der Minister führt dann einige Tatsachen aus der Vorgeschiehte der Genfer Konferenz

an. Er stellt fest, daß in Versailles im Jahre 1919 der damals von Deutschland beantragte Eintritt in den Völkerbund abgelehnt wurde. Nach der Londoner Konferenz im Jahre 1924 teilte dann MacDonald mit, daß der Völkerbund die Nichtangehörigkeit Deutschlands nicht ertragen könne. Das Kabinett Marx beschloß darauf kurz nachher, grundsätzlich seine Bereitwilligkeit zum Eintritt in den Völkerbund zu erklären, warf aber zugleich auch die Frage des händigen Ratstisches auf. Deutschland wendete sich dann an die zehn im Rat vertretenen Mächte und suchte durch Befragen festzustellen, ob seine Forderung eines händigen Ratstisches ihre Zustimmung finden würde. Die Antworten lauteten einstimmig. Der Rat des Völkerbundes selbst antwortete auf eine deutsche Anfrage im Februar 1925 und stellte dabei seinen Wunsch fest, mit Deutschland im Rat zusammenzuarbeiten.

Diese Antwort konnte nicht anders gewertet werden als eine ausdrückliche Erklärung des Rates als Körperschaft, in der er noch einmal die zehn Einzelantworten, die sich für den händigen Ratstisch ausdrückten, erhärtete. Deutschland bezieht sich damals die weitere Erklärung der Frage seines Eintritts vor, insbesondere wegen der Bedeutung des Artikels 16. Diese abweichende Stellung Deutschlands wurde von außen bekräftigt.

### Die Antwort des Briand

auf das deutsche Februarmemorandum über den Sicherheitspakt glaubt, diese Verträge nur abschließen zu können, wenn Deutschland dem Völkerbund angehöre.

In Locarno wurden dann Vereinbarungen über den Artikel 16 erzielt. Deutschland ließ kein Eintrittsgeld abgeben, und es wurde eine Sitzung des Völkerbundes einberufen, deren Zweck die Aufnahme Deutschlands war. Deutschland hat sich nach Überwindung schwerer grundsätzlicher Bedenken zum Eintritt in den Völkerbund entschlossen. Es hat sich nicht danach gedrängt, es ist zweimal gerufen worden. Nachdem die Mächte selbst die Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbund zur Kernfrage der Locarnoverträge gemacht hatten, entstand für sie die Pflicht, alles zu tun, was das Inkrafttreten der Locarnoverträge ermöglichte.

Umso seltsamer war es, daß kurz nach dem Ersuchen Deutschlands offizielle Mitteilungen über eine Konvention des Völkerbundes auftauchten und daß drei Mächte Anspruch auf versprochene händige Ratstische erhoben.

### Der Minister schildert dann die Situation, wie sie sich bei Eintreffen der deutschen Delegation in Genf

darstellte. Die Völkerbundversammlung fand allgemein unter dem Eindruck, daß die Aufnahme Deutschlands das einzige Ziel der Versammlung sei. Wegen die Ansprüche Spaniens, Brasiliens und Polens hatte sich harter Widerspruch erhoben, der am härtesten in der öffentlichen Meinung Englands selbst war. Die schwedische Regierung hatte der deutschen Regierung und anderen Staaten offiziell mitgeteilt, daß sie gegen jede Vermehrung der händigen Ratstische stimmen würde. Angesichts dessen konnte die deutsche Delegation Berlin mit dem Gefühl verlassen, daß tatsächlich die Entscheidung im Völkerbundrat wegen einer Vermehrung des Rates taktisch im negativen Sinne gefallen war. Die deutsche Delegation hat von dem Augenblick an, als ihr das Begehren anderer Mächte nach händigen Ratstischen bekannt wurde, aufs härteste geantwortet, um ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen.

Das Ergebnis des diplomatischen Meinungsaustausches war die Beseitigung der Locarno-Mächte vor dem Zutritt des Rates in Genf. Bei diesen Verhandlungen war die Situation von vornherein erschwert durch den Sturz des Kabinetts Briand. In der Öffentlichkeit ist verschiedentlich die Meinung aufgetaucht, daß dieser Sturz nur ein Wandver gewesen sei. Diese Anschauung ist völlig abwegig und wird von niemand ernst genommen werden, der das Wirken des französischen Ministerpräsidenten in Genf gesehen hat.

### In der Diskussion in Genf

ist der deutsche Standpunkt mit aller Entschiedenheit vertreten und kein Zweifel darüber gelassen worden, daß eine Vermehrung der Ratstische die Zurücknahme des deutschen Aufnahmegeruchs zur Folge haben würde. Wir haben uns nicht prinzipiell ablehnend den Wünschen nach einer Vermehrung des Rates gegenüber verhalten, aber betont, daß diese Frage erst ihre grundsätzliche Regelung im Rate selbst finden müßte.

Wir haben deshalb die Fragen der Maximalgrenze für die Gesamtheit der Ratstische, des Verhältnisses der händigen Sitze zu den nichtständigen, der Einrichtung eines Turnus für die nichtständigen Sitze und andere Fragen aufgeworfen. Erst, wenn alle diese Fragen grundsätzlich geregelt waren, konnten wir dazu Stellung nehmen, welche Mächte bei einer Vermehrung des Rates in Betracht kamen.

### Der Minister geht dann auf die in Deutschland geübte

Kritik an den Verhandlungen in Genf ein und erklärt, daß eine Kritik an dem negativen Ausgang doch nur jemand üben könne, der für den bedingungslosen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gewesen sei. (Zustimmung.) Er weist die Kritik zurück, die an dem deutschen Vorschlag der Einsetzung einer Kommission geübt worden sei. Dieser Vorschlag stand durchaus im Zusammenhang mit den Richtlinien, die die deutsche Delegation mit nach Genf nahm.

Wir mühten zum Ausdruck bringen, daß unsere Stellung anderen Staaten gegenüber nicht gebunden war. In der deutschen Öffentlichkeit habe es auch den Anschein erweckt, als wenn manche Kreise von uns etwas hochmütig auf Staaten in anderen Erdteilen herabsehen. Der Minister bezeichnet das als einen großen außenpolitischen Fehler, wie er vor dem Kriege auch zu der falschen Beurteilung der Balkanstaaten geführt habe. Es dürfte nicht der Eindruck erweckt werden, als ob der Völkerbund eine europäische Angelegenheit sei. Der Völkerbund müsse in seiner wahren Gestalt ein Weltvölkerbund sein. Der Minister kommt dann auf den Vorschlag zu sprechen, den die Mächte Deutschlands in Genf als Konzession machten und wonach Deutschland seinen händigen Ratstisch erhalten, gleichzeitig aber eine Vermehrung der nichtständigen Sitze eintreten sollte. Auf diesen Vorschlag habe die deutsche Delegation prinzipiell bejaht. Dabei sei nicht maßgebend die Frage gewesen, ob Polen als solches einen Sitz erhalten sollte. Der deutsche Standpunkt sei überhaupt nicht gegen eine bestimmte Macht gerichtet gewesen, sondern nur gegen das Prinzip der Erweiterung vor dem Eintritt Deutschlands. Sollte Deutschland eine Vermehrung der Konstitution des Völkerbundes akzeptiert, dann wäre auch Deutschlands Standpunkt in Bezug auf die nichtständigen Sitze erschlüsselt worden. Infolge des deutschen Standpunktes war jede konstruktive Änderung des Rates erleblich.

Was uns, so erklärt der Minister weiter, in dieser Situation zu Vorwürfen veranlaßt hat, das war der sorgfältige Versuch, die ganze Verantwortlichkeit auf Deutschland zu wälzen.

### Der Minister behandelt dann die

dritte Phase der Genfer Verhandlungen, als die schwedische Delegation sich bereit erklärte, auf ihr Mandat zu verzichten. Die deutsche Delegation habe den rein idealen Gesichtspunkt Schwedens durchaus gewürdigt. Es habe aber nicht geglaubt, zu erklären, daß dieses Opfer vergeblich sein würde, da der politische Charakter des Völkerbundes in einer für Deutschland unperfektesten Weise geändert würde.

Diese Stellungnahme gegenüber Schweden und dem Völkerbund ging ungefähr bis an die Grenze dessen, was Deutschland in dieser Situation an Verantwortlichkeit noch auf sich nehmen konnte. Von den Gegenpartnern wurden weitere Vorschläge gemacht. Es erwuchs der Gedanke, daß neben dem neutralen Staat auch ein Staat mit anderer Einstellung verzichten müßte. Am nächsten Tage stellte die Tschechoslowakei ihren Sitz zur Verfügung. Man spricht in der deutschen Öffentlichkeit von einem Umsfall der deutschen Delegation. Man wird aber anerkennen müssen, daß wir bis zur äußersten Stärke an unseren Grundgedanken festgehalten haben, obwohl eine starke Verantwortung bestand, daß daran das Ganze brechen konnte. In dieser Situation kam die Mitteilung des brasilianischen Vertreters. Damit war überhaupt der Ausgangspunkt der ganzen Stellung Deutschlands zerbrochen. Brasilien hand nicht gegen Deutschland, es wandte sich nur, wie Mello Franco erklärte, gegen eine Europäisierung des Völkerbundes.

Der Minister bekräftigt die Auffassung, daß Deutschland 10 Tage vor der Tür ständen und gewartet habe. Tatsächlich mühten die Völkerbundsmächte, die nicht im Rat waren, 10 Tage auf die Einberufung der Versammlung

warten. Der Auffassung der brasilianischen Presse, die die deutsche Haltung als eine Herausforderung bezeichnet, halten wir das Verhalten Spaniens entgegen, das tief gekränkt war, weil es in dieser Tagung keinen Sitz im Rat erhielt, aber gleichzeitig erklärt hat, daß es sich dadurch nicht abhalten lasse, für Deutschland zu stimmen. (Beifall.) Brasilien hat die Verantwortung auf sich genommen. Nicht durch unsere Schuld war die Situation entstanden. Es entstand dann die Frage: Was wird aus Locarno? Wir freuen uns, daß die Auffassung aller beteiligten Mächte dahin ging die Politik von Locarno fortzusetzen.

### Der Ausgang der Verhandlungen

in Genf, so fährt der Minister fort, ist tief zu bedauern. In erster Linie ist der Völkerbund selbst Leidtragender. Der der Auffassung war, daß der Völkerbund eine Vereinigung der Völker unter dem Gesichtspunkt der Erreichung aller humanitären Ideale sei, wird die allerhöchste Reaktion erfahren haben von einer Tagung, in der sich deutlich zeigte, wie hart und brutal sich das Eigeninteresse geltend machte. (Lebh. Hörl. hört! rechts und Bewegung.)

Der Redner verweist auf die Verhandlungen der Delegierten Schwedens und der Schweiz, die ausdrücklich betonten, daß der einzige Zweck der Tagung die Zulassung Deutschlands gewesen sei. Niemand habe von einer Schuld Deutschlands am Schluß der Tagung gesprochen. Deutschland steht jetzt vor der Entscheidung, ob es angesichts der Kritik des Völkerbundes seine grundsätzliche Einstellung gegenüber dem Völkerbund ändern soll oder nicht. Eine Politik sei doch nicht deshalb falsch, weil sie ihrer Durchführung Schwierigkeiten entgegenstelle. Es handelt sich geradezu um einen Kampf um unsere Stellung im Völkerbund. Wir haben diesen Kampf fortzusetzen, zumal der Völkerbund sich in seiner überwiegenden Mehrheit auf den Standpunkt gestellt hat, Deutschland als Mitglied des Völkerbundes zu sehen. Wir haben nicht die Absicht, uns irgend einer Mächtegruppierung im Völkerbunde anzuschließen, wir haben auch nicht die Absicht, mit einem händigen Sitz das Renommee der Großmächte zu betonen. Wir sind moralisch nicht geschwächt aus Genf hervorgegangen. Vor dem Kriege und während des Krieges haben wir den Fehler begangen, den Großmachtfaktor der öffentlichen Meinung der Welt nur sehr gering einzuschätzen. Es wäre ein Verbrechen, das jetzt wieder zu tun. Deswegen dürfte unter keinen Umständen der Verdacht einer Schuld an einem Mißerfolg in Genf auf Deutschland ruhen. Wir haben in Genf eine moralische Genugtuung erlangt.

Man darf auch nicht die Bedeutung der Erklärung der Mächte verkennen, die sich ohne Bestrafung Deutschlands auf den Standpunkt stellten, daß wir unsere internationalen Verpflichtungen erfüllt haben. Jahrelang haben wir um eine derartige Anerkennung gekämpft. Auch hervorragende Mitglieder des Völkerbundes haben erklärt, daß Deutschlands Vertreter in Genf nichts verschuldet haben. Deutschlands Stellung ist auch juristisch nicht geschwächt. Es ist festzustellen, daß unsere Gegner sich zu den losigen Rückwirkungen von Locarno betonen, als ob der Locarnovertrag in Wirklichkeit wäre. Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen der Völker ist eine der Hauptaufgaben des Völkerbundes. Es wäre töricht gewesen, das aufzugeben, weil der Mechanismus des Völkerbundes versagte. Unsere Hauptaufgabe war, die Locarnopolitik nicht in den Abgrund fallen zu lassen. Eine Vermehrung des Ratens ist auf der anderen Seite schon zu erkennen. Wir haben i. St. ganz andere Worte in der französischen Kammer gehört, als Herrlot sagte, daß die Besatzungsstrafe noch nicht laufe. (Zuruf des Abg. v. Grafse: Worte!) Wenn alles leere Worte gewesen wären, wäre Köln noch heute besetzt. (Lebh. Zustimmung.) Sie (zu den Volksliste) sagen auf der einen Seite immer, daß die Nachpolitik allein entscheide, auf der anderen Seite aber behaupten Sie dann wieder, daß Sie ein Recht hätten. (Große Unruhe bei den Volksliste. — Abg. v. Grafse ruft: Taschentücher!) Ich verbitte mit diese Unverschämtheiten. (Gr. Erregung bei den Volksliste und Zurufe. — Präsident Poebbe ruft den Abg. v. Grafse zur Ordnung und sagt hinzu, daß auch die Antwort des Ministers nicht parlamentarisch gewesen sei.)

Der die Politik Deutschlands in den letzten Jahren verfolgte hat, muß die Tatsachen verkennen, wenn er die Fortschritte der deutschen Konsolidierung nicht sieht. Wir sind noch nicht so weit, von vollkommener Freiheit sprechen zu können. Aber auf diesem Wege wird es immer wieder Rückschlüsse geben. Es ist die einmütige Absicht der deutschen Reichsregierung, die bisherige Politik auf dieser Bahn fortzuführen, und sie ist überzeugt, daß sie bei sachlicher Würdigung des Geschehenen die große Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich haben wird. (Lebh. Beifall bei den Regierungsparteien.)

Der Johann zum Worte gemeldete Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) hat sich im letzten Augenblick von der Rednerliste streifen lassen.

### Abg. Graf Westarp (Dnat.)

fragt, wie man den Verzicht des Abg. Breitscheid auffassen solle, vielleicht meine er, daß sich auf die Antwort des Außenministers eine Antwort nicht verlohne. Oder sei etwa die Rede des Ministers so im sozialdemokratischen Fahrwasser gewesen, daß kein Anlaß sei, parteipolitische Angriffe zu eröffnen? (Lachen links.)